

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr

- Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Verkehrsausschusses

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 08 wird, soweit die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben ist, in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Bericht

Der Verkehrsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 08 am 14. Dezember 2000 und am 8. Februar 2001 beraten. Dabei wurden die Personalitel an den Unterausschuß "Personal" überwiesen.

Die abschließende Sitzung fand am 8. März 2001 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 08, soweit die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben ist, in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimmen der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Es lagen Änderungsanträge aller vier Fraktionen vor, die Punkt für Punkt beraten und abgestimmt wurden. Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage.

Manfred Hemmer
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 08
im Verkehrsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2001

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/521

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 08 080 Allgemeine Bewilligungen - Verkehr -</p> <p>Titel 541 61 Aufwendungen für Veranstaltungen und dgl.</p> <p>Streichung von DM 1.500.000.</p> <p>Begründung: Wie in den Vorjahren nicht erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
2	CDU	<p>Kapitel 08 081 Förderung der Eisenbahnen und des ÖPNV</p> <p>Titelgruppe 60 Kommission "Zukunft der Bahn in NRW"</p> <p>Streichung des kompletten Ansatzes von DM 650.000 einschließlich der Verpflichtungsermächtigung von DM 300.000.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Begründung: Statt Sachverständigen, Gutachten etc. ist der Abbau des Investitionsstaus im Landesstraßenbau geboten. Insbesondere hat das Land keine Zuständigkeit für die „Zukunft der Bahn“ insgesamt. Die Zukunft des Nahverkehrs ist bereits in der Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität“ des Landtags eingehend erörtert und begutachtet worden.</p> <p>Titelgruppe 62 Investitionszuschüsse für nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes bei Titel 892 62</p> <p>von DM 14.000.000 um DM 8.000.000 auf DM 22.000.000</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 891 62</p> <p>von DM 20.000.000 um DM 10.000.000 auf DM 30.000.000</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	<p>Begründung:</p> <p>Zur weiteren Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene zugunsten einer Entlastung des Straßenverkehrs ist die infrastrukturelle Förderung der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in NRW auf hohem Niveau notwendig. Zugleich wird durch die Landeszuschüsse privates Kapital mobilisiert, mit positiven Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Zur bedarfsgerechten Realisierung weiterer sinnvoller Projekte ist eine Erhöhung des Mittelansatzes erforderlich. Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen ist erforderlich, da die Umsetzung der vorgesehenen Projekte über das Jahr 2001 hinausreicht.</p>	
		<p>Titelgruppe 65 Titel 891 65 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</p> <p>Reduzierung des Ansatzes um DM 10.000.000 auf DM 29.446.000.</p> <p>Begründung: Das Jahresergebnis 1999 betrug 34.023 000 DM. Der jetzige Ansatz von 39.446 000 DM liegt deutlich darüber. Im Hinblick auf die Haushaltslage erscheint es angemessen, die Landesmittel nicht auf dem hohen Niveau des Jahres 2000 zu halten, sondern leicht zurückzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	F.D.P.	<p>Titelgruppe 66 Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (Infrastrukturförderung) – Landesprogramm ...</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk 7.: "Die Ausgaben der Titelgruppe sind auch deckungsfähig für Ausgaben des Kapitels 08 084 Titel 331 10."</p> <p>Begründung: Erhöhung der Entscheidungsautonomie der Kommunen zur Verbesserung ihrer Verkehrsverhältnisse.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
6	CDU	<p>Titelgruppe 76</p> <p>Streichung von DM 18.000.000.</p> <p>Begründung: Dies entspricht der Erhöhung der Zuschüsse unter Titel 657 76. Angesichts der schwierigen Haushaltssituation erscheint es nicht möglich, an dieser Stelle zu erhöhen. Zum Vergleich: Das Ist-Ergebnis 1999 betrug 9.490 000 DM, der Ansatz 2000 belief sich auf 9.000 000 DM.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/521

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p>Es handelt sich um Fördermittel für „Koordinierungsaufgaben im ÖPNV“, die im Jahr 2000 in Titel 657 00 veranschlagt waren, aber nicht zwingend aufgewendet werden müssen.</p> <p>Titelgruppe 80</p> <p>Streichung von DM 15.000.000.</p> <p>Begründung: Dies entspricht der Hälfte der Erhöhung des Ansatzes in dieser Titelgruppe. Angesichts der schwierigen Haushaltslage ist eine Verdopplung des Ansatzes, wie von der Landesregierung vorgeschlagen, nicht zwingend geboten. Zum Vergleich: das Ist-Ergebnis 1999 betrug 26.849 000 DM, der Ansatz 2000 lautete auf 30.000 000 DM.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8a)	F.D.P.	<p>Kapitel 08 084 Straßen- und Brückenbau</p> <p>Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</p> <p>Der Ansatz von 85 Millionen DM wird um 115 Millionen DM auf 200 Millionen DM aufgestockt.</p> <p>Begründung: Der schlechte Zustand der Landesstraßen infolge zu geringer Erhaltungsinvestitionen in den letzten Jahren verlangt eine erhebliche Aufstockung der Mittel, wenn die bestehenden Mängel beseitigt werden sollen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
8b)	CDU	<p>Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</p> <p>Der Ansatz von 85 Millionen DM wird um 45 Millionen DM auf 130 Millionen DM aufgestockt.</p> <p>Begründung: Viele Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen müssen dringend repariert werden. Das Straßennetz befindet sich oftmals in einem verkehrsfähigen Zustand und ist teilweise von Sperrung bedroht. Nach zwei Gutachten lag der Reparatur- und Unterhaltbedarf der Landesstraßen bei 225 Millionen DM im HH Jahr 2000. In Anpassung an den dringenden Erhaltungsbedarf</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8c)	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>erfolgt eine Aufstockung des Haushaltstitels.</p> <p>Dieser Titel ist gegenseitig deckungsfähig mit 777 12 (Maßnahmen unter 5 Millionen DM).</p> <p>Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von DM 85.000.000 um DM 10.000.000 auf DM 95.000.000</p> <p>Begründung: Die Erhöhung des Haushaltsansatzes ist für den Erhalt der bestehenden Straßeninfrastruktur und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit notwendig.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
9a)	F.D.P.	<p>Titel 777 12 Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis zu 5 Millionen DM Gesamtkosten je Maßnahme</p> <p>Der Ansatz wird von 26 Millionen DM um 35 Millionen DM auf 61 Millionen DM erhöht.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9b)	CDU	<p>Begründung: Größerer Nachholbedarf infolge zu geringer Haushaltsansätze in den Vorjahren.</p> <p>Titel 777 12 Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis zu 5 Millionen DM Gesamtkosten je Maßnahme</p> <p>Der Ansatz wird von 26 Millionen DM auf 46 Millionen DM erhöht.</p> <p>Begründung: Bereits das Jahresergebnis 1999 (44,6 Millionen DM) zeigt, dass hier ein erheblicher Bedarf besteht. Da der Ansatz mit 777 11 gegenseitig deckungsfähig ist, entsteht für beide Ansätze nach dem Haushaltsentwurf eine Lücke von 17 Millionen gegenüber dem Haushalt 2000 und 84 Millionen DM gegenüber dem realistischen Bedarf. Dieser wird hier zugrunde gelegt. Der Ansatz ist gegenseitig deckungsfähig mit 883 18 (Radwegebau an bestehenden Landesstraßen), so dass eine Erhöhung dieses Ansatzes nicht erforderlich ist.</p>	
			<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. Enthaltung</p> <p>GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10a)	F.D.P.	<p>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</p> <p>Der Ansatz von 125 Millionen DM wird um 125 Millionen DM auf 250 Millionen DM aufgestockt.</p> <p>Begründung: Ein seit langem notwendiger Ausbau der Landesstraßen ist jahrelang fahrlässigerweise ganz oder teilweise unterblieben, so daß die Erhöhung des Haushaltsansatzes um das Doppelte angesichts des drohenden Verkehrskollapses auf den NRW-Straßen dringend geboten erscheint.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE nein</p>
10b)	CDU	<p>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</p> <p>Der Ansatz von 125 Millionen DM wird um 55 Millionen DM auf 180 Millionen DM aufgestockt.</p> <p>Begründung: Gesetzentwurf Landesstraßenausbauplan CDU-Fraktion von 1999 ging bereits von 180 Millionen DM Mindestansatz aus. Inzwischen hat sich der Investitionsstau durch zu geringe Veranschlagungen 1999 und 2000 weiter erhöht. Teildeckung der zusätzlichen Kosten in den zuvor gestellten Anträgen zu den Kapiteln 08 080 und 08 081.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enthaltung GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10c)	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von DM 125.000.000 um DM 25.000.000 auf DM 150.000.000</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>von DM 108.000.000 um DM 22.000.000 auf DM 130.000.000</p> <p>Begründung: Der Haushaltsansatz wird erhöht, damit eine zeitnahe Finanzierung der Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans möglich ist.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Titel 777 14 Radwegebau an bestehenden Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von DM 9.000.000 um DM 1.000.000 auf DM 10.000.000</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>von DM 7.500.000 um DM 2.500.000 auf DM 10.000.000</p> <p>Begründung: Für den Bau neuer Radwege und die Vervollständigung der Beschilderung des Radwegenetzes ist eine Erhöhung des Ansatzes notwendig. Die landesweit einheitliche Wegweisung sollte in diesem Jahr abgeschlossen werden. Als weitere Komponenten eines Radverkehrssystems sollten dann die Bereiche Service, Beratung und Kommunikation gefördert werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Titel 883 17 Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben des Radwegebaus an kommunalen und überörtlichen Straßen und für Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von DM 19.000.000 um DM 5.000.000 auf DM 24.000.000</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>von DM 14.000.000 um DM 6.600.000 auf DM 20.600.000</p> <p>Begründung: Der weitere Ausbau des kommunalen Radverkehrsnetzes macht eine bedarfsgerechte Erhöhung des Mittelansatzes erforderlich.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	F.D.P.	<p>Titelgruppe - neu - „Private Vorfinanzierung von Bundesfernstraßen in NRW (Anti-Stau-Programm des Bundes)“</p> <p>Finanzierungskosten Tilgung der Baukosten Verpflichtungsermächtigung: 60.000.000 DM</p> <p>Erläuterungen: Veranschlagt ist die erforderliche Verpflichtungsermächtigung, um das Anti-Stau-Programm des Bundes (Bundesfernstraßen in NRW) sofort im Rahmen einer privaten Vorfinanzierung in An- griff nehmen zu können.</p> <p>Begründung: Zur Begründung wird auf den beigefügten Entwurf eines Ent- schießungsantrags "Privatwirtschaftliche Vorfinanzierung des Anti-Stau-Programms für Bundesfernstraßen in NRW" hingewie- sen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Entschließungsantrag

E n t w u r f

der Fraktion der F.D.P.

Privatwirtschaftliche Vorfinanzierung des „Anti-Stau-Programms für Bundesfernstraßen in NRW“

Der Landtag NRW beauftragt die Landesregierung, unverzüglich mit dem Bund Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, daß das **„Anti-Stau-Programm für Bundesfernstraßen in NRW in Höhe von 1,2 Mrd. DM“** durch private Vorfinanzierung zeitlich vorgezogen wird.

Die anteiligen Vorfinanzierungskosten werden im Haushalt des Landes NRW ab 2001 berücksichtigt.

Begründung:

Die seit langem fast täglich zunehmenden und inzwischen überlangen Staus auf den Bundesfernstraßen in NRW beweisen die bereits bestehende Unzulänglichkeit dieses Fernstraßennetzes – trotz seiner vermeintlichen Dichte. Vor dem Hintergrund des von allen Verkehrsexperten erwarteten starken Zuwachses des Individual- und Frachtverkehrs infolge der Osterweiterung der Europäischen Union in den nächsten Jahren ist ein beschleunigter Ausbau des nordrhein-westfälischen Fernstraßennetzes für alle verantwortlich handelnden politischen Kräfte unverzichtbar. Dieser sachlich unbestrittenen und täglich - im wahrsten Sinne des Wortes - erfahrbaren Notwendigkeit steht die Finanzknappheit von Bund und Land entgegen.

Dies kann aber nicht den Verzicht auf die notwendigen Verkehrs-Infrastrukturmaßnahmen bedeuten. Vielmehr bietet sich eine private

Vorfinanzierung des Anti-Stau-Programms für die Bundesfernstraßen in NRW an, zumal die Bauwirtschaft bereit ist, derartiges mitzutragen und so einen Beitrag für die Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur zu leisten. Die Kosten der Vorfinanzierung sind im Vergleich zum gesamten Programmvolumen von 1,2 Mrd. DM ein zu vernachlässigender Betrag. Hinzu kommt, daß durch die vorzeitige Realisierung dringend notwendiger Verkehrs – Infrastrukturmaßnahmen

- ein erheblicher volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Nutzen,
- für viele Betriebe eine Kostenentlastung durch den Wegfall von Stauzeiten und
- für die Bauwirtschaft ein wünschenswerter Beschäftigungseffekt

entstehen, die die gesamten Investitionskosten um ein Mehrfaches übersteigen.

Jürgen W. Möllemann,
Marianne Thomann-Stahl
Christof Rasche
und Fraktion

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuss des Landtags

■ Anlage zu Vorlagen 13/521
 13/522
 13/524

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2001

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr

Anlage: Änderung in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
08 030	<u>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</u>			
TGr. 72	Mittelstands-Offensive NRW Haushaltsvermerke unverändert			
541 72	Aufwendungen für Veranstaltungen Verpflichtungsermächtigung unverändert	800.000	+ 200.000	1.000.000
653 72	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände	250.000	+ 500.000	750.000
685 72	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	300.000	+ 500.000	800.000
TGr. 83	Strukturpolitische Initiativen Haushaltsvermerke unverändert			
653 83	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindever- bände zur Förderung örtlicher und regionaler wirtschaftspoli- tischer Initiativen	600.000	+ 150.000	750.000
892 83 (neu)	<u>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen zur Förderung örtlicher und regionaler wirtschaftlicher Initiativen</u>	0	+ 300.000	300.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
08 081	Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs			
TGr. 62	Investitionszuschüsse für nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen Haushaltsvermerke unverändert		unverändert	
891 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen Verpflichtungsermächtigung: bisher: 20.000.000 DM Erhöhung + 10.000.000 DM neu 30.000.000 DM	14.000.000		22.000.000
892 62	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen			
08 084	Straßen- und Brückenbau			
777 11	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen Haushaltsvermerke unverändert Verpflichtungsermächtigung unverändert	85.000.000	10.000.000	95.000.000
777 13	Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans Haushaltsvermerke unverändert Verpflichtungsermächtigung: bisher: 108.000.000 DM Erhöhung + 22.000.000 DM neu 130.000.000 DM	125.000.000	25.000.000	150.000.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
777 14	Radwegebau an bestehenden Landesstraßen Haushaltsvermerke unverändert <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 7.500.000 DM Erhöhung + 2.500.000 DM neu 10.000.000 DM	9.000.000	1.000.000	10.000.000
883 17	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben des Radwegebaus an kommunalen Straßen und für Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen Haushaltsvermerke unverändert <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 14.000.000 DM Erhöhung + 6.600.000 DM neu 20.600.000 DM	19.000.000	5.000.000	24.000.000
Abschluss Einzelplan 08:				
Gesamteinnahmen		3.701.252.000	unverändert	3.701.252.000
Gesamtausgaben		7.128.501.500	+ 50.650.000	7.179.151.500
Verpflichtungsermächtigungen		2.721.979.600	+ 41.100.000	2.763.079.600